LINKE LISTE Nürnberg

Stadtratnews

aus der Arbeit der Linken Liste im und ums Rathaus

Ausgabe 03 / 2015

Kita-Gebühren steigen massiv

Familie
Kita-Gebühren steigen massiv

Prekäre Beschäftigung
Interview mit der Initiative „Pflege am Boden“

Rund ums Rathaus
Aufwerten jetzt!
Managergehälter der VAG
Junge Mutter abgeschoben

Mobilität
VAG-Tarife -
Ein erster Erfolg

Stadt Nürnberg spart auf Kosten der Kinder

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel fordert in diesen Wochen lautstark: „Die Kita-Gebühren sollten in ganz Deutschland abgeschafft werden.“ Doch kaum sagt Gabriel mal etwas Sinnvolles, wollen der SPD-Oberbürgermeister Maly und sein Sozialreferent Prölß genau das Gegenteil machen. In Nürnberg sollen die Gebühren für Krippen, Kitas und Horte massiv angehoben werden. Der Grund: Jährlich sollen 4,8 Millionen Euro kommunale Zuschüsse eingespart werden. Die LINKE LISTE lehnt die Gebührenerhöhung ab. Kinder dürfen nicht noch mehr zum Armutsfaktor für Familien werden.

Schon im linken Wahlprogramm zu den letzten Kommunalwahlen heißt es: „Bildung ist ein Grundrecht! Die Berichte aus dem Bildungsbüro der Stadt Nürnberg bestätigen seit Jahren, dass der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängt. Um dem entgegen zu wirken, fordern wir einen kostenfreien Zugang zu Bildung und Betreuung für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig vom Geldbeutel oder der Herkunft der Eltern.“ Im Gegensatz zu den Politikern der anderen Parteien vergessen wir nicht, was wir vor der Wahl gesagt haben.

So viel sollen die Kitas nach den Plänen von OB Maly (SPD) in Zukunft kosten:

Erhöhung bei den Krippen:

	aktuell	01.09.15	01.09.17	01.09.19	Steigerung
2-3 Stunden	90,00 €	100,00 €	150,00 €	200,00 €	plus 122 Prozent
5-6 Stunden	140,00 €	190,00 €	240,00 €	290,00 €	plus 107 Prozent

Erhöhung bei den Kindergärten:

	aktuell	01.09.15	01.09.18	Steigerung
Bis 4 Stunden	80,00 €	100,00 €	120,00 €	plus 50 Prozent
7-8 Stunden	100,00 €	120,00 €	140,00 €	plus 40 Prozent

Erhöhung bei den Horten:

	aktuell	01.09.15	01.09.17	Steigerung
Bis 4 Stunden	70,00 €	95,00 €	125,00 €	plus 79 Prozent
7-8 Stunden	90,00 €	115,00 €	145,00 €	plus 61 Prozent

Bürger wehren sich!

Für viele Eltern ist die Gebührenerhöhung nicht nachvollziehbar. In Sonntagsreden fordern die Politiker von SPD und CSU und auch die Wirtschaftsverbände immer wieder, dass unsere Gesellschaft kinderfreundlicher werden muss. Doch die Gebührenerhöhungen zeigen in eine andere Richtung. Deshalb haben sich nun Eltern und ErzieherInnen zusammengefunden, um gegen die Gebührenerhöhung zu protestieren. Sie informieren die Öffentlichkeit und sammeln Unterschriften für einen Bürgerantrag gegen die Erhöhung. Der Bürgerantrag soll dann im Stadtrat zur Abstimmung gestellt werden.

Pflege am Boden?!

Menschenwürdige Pflege ist mit den derzeitigen Pflegeleistungen kaum möglich aufgrund der Unterfinanzierung der Pflege. Pflegekräfte arbeiten unter enormer Arbeitsbelastung mit zu wenig Personal. Sie erhalten unzureichende Löhne und haben keine Zeit für individuelle Bedürfnisse für die Pflegebedürftigen. Deshalb führten wir zu diesem Thema ein Interview mit dem Nürnberger Organisationsteam der Initiative „Pflege am Boden“: Gesundheits- und Krankenpfleger Sascha Wechsung, Altenpfleger Johannes Appel und Heilerziehungspfleger Jonas Ebert.

News: Was ist die Aktion „Pflege am Boden“?

„Pflege am Boden“ ist eine von Gewerkschaften, Parteien, Konfessionen und Bundesverbänden unabhängige Interessengemeinschaft von Pflegenden, pflegenden Angehörigen und weiteren interessierten Menschen bundesweit für eine bessere Pflege in Deutschland. Seit Oktober 2013 finden unter diesem Motto regelmäßig in vielen größeren Städten wie z. B. Nürnberg, Stuttgart, Hamburg, Osnabrück, Frankfurt a. M. und Berlin Aktionen und Veranstaltungen statt. Die Aktion hat keine feste Organisationsform – sie ist aus einem direkten Interesse von Menschen im „Facebook“ entstanden und zählt somit zu den so genannten „Graswurzelbewegungen“.

News: Welche Interessen vertritt „Pflege am Boden“?

Unser Interesse gilt grundlegenden Veränderungen und Verbesserungen des deutschen Pflegesystems, vor allem für Krankenhäuser, Alten- und Pflegeeinrichtungen und die betreffende Sozial- bzw. Gesundheitsgesetzgebung. Die Situation im Pflegesystem ist schon derzeit für alle Beteiligten fatal und wird auch in Zukunft, durch den demografischen Wandel bedingt, brisant bleiben. Wir schauen dieser Entwicklung nicht weiter tatenlos zu. Es ist Zeit die Weichen zu stellen, damit Pflege jetzt und auch in Zukunft menschenwürdig wird und bleibt.

News: Warum hält „Pflege am Boden“ das gegenwärtige Pflegesystem für verbesserungswürdig?

Sozialkonzerne nehmen den Pflegenotstand billigend in Kauf, dazu kommt eine entsprechende Gesetzgebung. Dies begünstigt eine menschenunwürdige Pflegepraxis. Pflegende und pflegebedürftige Menschen stehen vor Existenz gefährdenden Problematiken durch den hohen Personalmangel in Pflegeeinrichtungen, der fortschreitenden Bürokratisierung des Pflegealltags und untätigen, ineffektiven Kontrollinstanzen. Obwohl diese Mängel schon sehr lange bekannt sind sieht der Gesetzgeber untätig zu. Pflege wird wenig wertgeschätzt, wenig beachtet und oft sogar tabuisiert.

News: Wie sehen die Aktionen von „Pflege am Boden“ aus und wie kann man sich beteiligen?

Da die Pflege tatsächlich „am Boden“ ist, legen wir uns jeden zweiten Samstag im Monat für 10 Minuten in Fußgängerzonen auf den Boden, um unsere Situation möglichst plakativ darzustellen. Diese so genannten „Smartmobs“ sind öffentliche „Mitmach“-Aktionen, um interessierten Menschen die Möglichkeiten zu geben, gegen den Pflegenotstand und menschenunwürdige Pflege zu protestieren.

Wir freuen uns über eure Teilnahme.

Weitere Informationen und aktuelle Termine unter www.pflege-am-boden.de.

Für eine qualitativ hochwertige und menschenwürdige Pflege ging der Arbeitskreis „Pflege“ der Linken Liste am 12. Mai 2015 unter dem Motto „Wir pflegen Franken“ demonstrieren.

Rund ums Rathaus

Sozial- und Erziehungsberufe jetzt aufwerten!

Die MitarbeiterInnen in Sozial- und Erziehungsberufen leisten eine wichtige und wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft. Sie fördern ein gutes Aufwachsen und eine gute Entwicklung von Kindern, arbeiten in Behinderteneinrichtungen und den vielen Feldern der sozialen Arbeit. Die LINKE LISTE bedankt sich für ihr tägliches Engagement, ihre Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit, auch in schwierigen Situationen ihre Arbeit gut zu machen.

Derzeit verdient zum Beispiel eine Erzieherin nach einer fünfjährigen Ausbildung in einer Vollzeitstelle netto 1.500 Euro. Oft wird aber nur eine Teilzeitstelle angeboten. In den Tarifauseinandersetzungen fordern die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften die Aufwertung der sozialen Berufe und zehn Prozent mehr Gehalt. Die LINKE LISTE meint: Recht so!

Die Bedeutung der Kindertagesstätten als Lernort ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Diese Arbeit, die oft genug von Frauen bewältigt wird, muss besser gewürdigt werden. Dazu sind auch eine gute Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen erforderlich.

Die kommunalen Arbeitgeber verweigerten den ErzieherInnen wochenlang, ein akzeptables Angebot vorzulegen. Dies zog den Streik unnötig in die Länge – Leidtragende sind die Eltern, die eine Alternativbetreuung bezahlen oder Urlaub nehmen müssen. Die LINKE LISTE fordert deshalb die Rücküberweisung der gesamten Kita-Gebühren für die Streiktage ab dem ersten Tag.

„Gedenken, Mahnen, Zusammenstehen" unter diesem Motto demonstrierten am 13. Juni zahlreiche AntifaschistInnen anlässlich des Gedenktages für die Nürnberger NSU-Opfer. Die LINKE LISTE war dabei!

Spitzengehalt für VAG- und N-ERGIE-Manager

Während die ErzieherInnen und die KollegInnen aus den Sozialdiensten für bescheidene zehn Prozent mehr streiken, nimmt der Chef der Stadtwerke einen kräftigen Schluck aus der Gehaltspulle. Das Gehalt von Josef Hasler stieg von 2012 bis 2013 um 15 % auf 497.000 Euro. Die aktuellen Zahlen werden noch verheimlicht. Damit verdient Hasler nicht nur deutlich mehr als die Chefs der Stadtwerke in anderen bayrischen Städten sondern ungefähr dreimal so viel wie der Nürnberger Oberbürgermeister. Dies ist maßlos und den BürgerInnen nicht mehr zu vermitteln. Eine Erzieherin verdient in ihrem ganzen Leben gerade so viel wie Manager Hasler in drei Jahren. Während die LINKE LISTE eine Begrenzung der Managergehälter auf das Gehalt des Oberbürgermeisters fordert, verteidigen die anderen Rathausparteien das völlig unangemessene Einkommen. Der Nürnberger Stadtkämmerer Harald Riedel (SPD) meint, man müsse ein so hohes Gehalt zahlen, „damit die Leistung stimmt". Doch von den ErzieherInnen und VerkäuferInnen wird hohe Leistung bei niedrigstem Lohn erwartet. Und wie sieht die Leistung von VAG und N-ERGIE aus? Die Strom- und Ticketpreise steigen seit Jahren immer weiter, während Sozialtarife verweigert werden, weil angeblich kein Geld da sei. Jetzt wissen wir, wo das Geld ist: In der Chefetage der Stadtwerke.

Menschenunwürdige Abschiebung

Recht-Wirtschaft-Arbeits-Ausschuss 20.05.15

Auf Anfrage der Linken Liste wurde über die Abschiebung einer jungen Kosovarin berichtet: Sie wurde Anfang Mai mit ihrem hier geborenen Kleinkind von Polizisten nachts aus dem Bett geholt und in den Kosovo abgeschoben.

Sie konnte nicht einmal wichtige Dokumente wie Geburtsurkunde und Kleidung einpacken. Die Frau hatte einen Folgeantrag zu ihrem abgelehnten Asylantrag gestellt, der noch läuft. Doch der Leiter vom Ausländeramt, Hr. Kuch, stellt sich wieder einmal als Unschuldiger dar, indem er behauptet er habe mit dieser Abschiebung nichts zu tun gehabt.

So ein Vorgehen darf es in der Stadt der Menschenrechte nicht geben!

Unsere Anfrage wird auch in der nächsten Sitzung der Integrationskommission behandelt.

VAG-Tarife - ein erster Erfolg!

Im April beschloss der Stadtrat gegen die Stimmen der Linken Liste ein neues Tarifprojekt für die VAG. Da es seit Jahren Proteste gegen die ständig steigenden Fahrpreise gibt, war OB Maly zum Handeln gezwungen. Es wurde eine Beraterfirma für ein neues Tarifprojekt beauftragt, die verschiedene Varianten entwickelte. Die Forderung der Linken Liste nach einem Wiener Modell wurde nur teilweise berücksichtigt.

Die LINKE LISTE widerlegte das ständige Gejammere der anderen Parteien über das immer teurer werdende Draufzahlgeschäft. Die Wahrheit ist, dass die Zuschüsse der Stadt Nürnberg an die VAG mit 60 bis 70 Mio. jährlich seit zwölf Jahren gleich geblieben sind. Die wachsenden Mehrkosten werden Jahr für Jahr auf die Fahrgäste abgewälzt. Seit 1992 ist z. B. der Einzelfahrschein 81 % teurer geworden.

Die LINKE LISTE fordert seit Jahren das Wiener Modell für Nürnberg. In Wien kostet das Jahresticket 365 Euro, also einen Euro pro Tag. Dadurch wurden viele neue Fahrgäste gewonnen und die Stadt erfreut sich an sauberer Luft und mehr Grün.

Unsere Forderung nach einem Wiener Modell wurde zwar berücksichtigt, aber mit einem zukünftigen Jahresticket für 35 Euro monatlich gilt dieses aber erst ab 9 Uhr. Diese Ausschlusszeit muss weg, da die meisten Menschen vor 9 Uhr fahren müssen. Dann wären wir verkehrspolitisch, sozial und ökologisch auf dem richtigen Weg!

Alle anderen Monatskarten und das Jahresticket ohne Ausschlusszeit steigen im Preis an. Ein Jahresticket kostet dann 682,80 Euro. Ob es gelingt mehr Firmenabos zu gewinnen, wird sich zeigen.

Das SchülerInnenticket kostet ab September 2016 25 Euro bis zur 10. und 35 Euro ab der 11. Klasse. Hier hatten wir uns für 15 Euro eingesetzt. Ein Sozialticket für Nürnberg-Pass-BesitzerInnen gibt es immer noch nicht. Die bisherige Monatskarte für 30,80 Euro ist teurer als die im Regelsatz vorgesehene Summe.

Weitere Verschlechterungen im neuen Tarifprojekt sind eine Reduzierung des Kurzstreckentarifes von drei auf zwei Haltestellen mit der U-Bahn und dass die MobiCard zukünftig nur noch im Jahresabo gekauft werden kann. Das Tagesticket kostet ab Januar 7,50 Euro und wird damit uninteressant.

Es hat sich gezeigt, dass sich Protest lohnt. Sonst wären die Fahrpreise ab Januar um über 7 % gestiegen. Die LINKE LISTE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Mobilität für alle Menschen in Nürnberg bezahlbar ist.

Sozialfonds

Die LINKE LISTE hat einen Sozialfonds, in den unsere StadträtInnen aus ihren Bezügen einzahlen. Seit wir im Rathaus sind, konnten wir dadurch vielen Menschen in schwierigen Situationen, wie z. B. bei Stromsperren oder Nazianschlägen, helfen.
Seit 2010 wurden insgesamt über 21.000 € für Hilfen zur Verfügung gestellt.

Was ist die LINKE LISTE?

Die LINKE LISTE Nürnberg ist ein Bündnis aus verschiedenen politischen Organisationen und Einzelpersonen. Wir engagieren uns für ein demokratisches und soziales Nürnberg und stehen für eine lebenswerte, menschen- und umweltfreundliche Stadt.
Durch uns wird im Stadtrat wieder strittig diskutiert und zwar über Themen, die vorher - hauptsächlich von den beiden großen Parteien SPD und CSU - im Hinterzimmer ausgehandelt und im Stadtrat nur noch abgenickt wurden. Wie z. B. die ständigen Preiserhöhungen der VAG oder die unsoziale Wohnungspolitik.
Wir tragen die Forderungen betroffener BürgerInnen in den Stadtrat und machen transparent, wer dazu wie abstimmt. Die Parteien müssen jetzt Farbe bekennen!
Das Abstimmungsverhalten der Anderen kann aber nicht durch bloße Diskussion im Stadtrat geändert werden. Durchsetzen können wir berechtigte Forderungen nur dann, wenn sie von möglichst vielen Menschen auch außerhalb des Rathauses artikuliert werden. Wir hoffen dabei weiterhin auf Ihre Unterstützung!

Titus Schüller M. Padua Özlem Bahadir

Bürozeiten: Mo. bis Fr. 10 bis 13 Uhr

LINKE LISTE Nürnberg
Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 2 87 60 13
buero@linke-liste-nuernberg.de

Konto: LINKE LISTE Nürnberg,
Sparkasse, IBAN: DE77 7605 0101 0010 4662 09
BIC: SSKNDE77XXX, Stichwort: Spende

V.i.S.d.P.: Marion Padua, Humboldtstraße 104, 90459 Nürnberg